

## AKTUELL

## GESUNDHEITSREFORM

# Kostenwahrheit statt Polemik

Richard Graf

**Werden, wie vor 10 Jahren, ab Allerheiligen die Arztpraxen geschlossen bleiben? Die AMMD stimmt ihre Mitglieder auf einen Streik ein.**

Nachdem Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo ein erstes Mal am 30. September der zuständigen Parlamentskommission seine Gesundheitsreform vorgestellt hatte, fand am gestrigen Donnerstag eine weitere Beratungsrunde statt. Dem Vernehmen nach ging es dabei weit weniger heftig her, als es die große Aufregung draußen im Lande hätte erwarten lassen.

Dass der Gesundheitsminister sich zwischen alle Stühle gesetzt und laut TNS-Iltres sogar einige Prozentpunkte in der RTL-Wort-Politikerhitparade eingebüßt hat, ist sogar bei einigen seiner politischen KonkurrentInnen mit Respekt registriert worden. Dennoch ist das komplexe Vorhaben noch keineswegs unter Dach und Fach.

Teile des christlich-sozialen Koalitionspartners schwärmen weiterhin von einer nach dem Einkommen gestaffelten Abgabe der PatientInnen, um auf diesem Wege Beitragserhöhungen zu vermeiden. Darin jedoch sieht der Gesundheitsminister das Prinzip der allgemeinen Versicherung gefährdet, denn die Besserverdienenden, so sein Argument, die schon jetzt für die gleiche Leistung mehr in das System einzahlen als weniger Betuchte, würden durch die Pauschalen noch weiter belastet. Die Entsolidarisierung des Systems würde so vorangetrieben. Die Sozialexperten der CSV scheinen sich eher der Auffassung des Ministers zuzuneigen, denn auch nach der geplanten Erhöhung bleibt die Belastung durch die Krankenkassen im europäischen Vergleich recht niedrig.

Spannender präsentiert sich derzeit allerdings die Diskussion außerhalb des Parlamentes. Die Ärzte haben nämlich ihre Entschlossenheit zum Streik bekräftigt, sollte das Gesetz nicht in seiner Gesamtheit zurückgezogen werden. Bei der angeordneten Maßnahme soll es sich zwar nicht um einen regelrechten Streik handeln, sondern um eine Art Bummeldienst wie an einem Sonntag, mit garantierten Not- und Grundversorgungsdiensten. Geplant ist, an die PatientInnen „humoristische“ Flyer

zu verteilen - wie AMMD-Generalsekretär Jean-Paul-Schummer gegenüber RTL-Télé erklärte - mit dem Zweck, das Publikum über die Konsequenzen der „marsistischen“ Gesundheitsreform aufzuklären.

Dabei ist es offenkundig, dass sich die Bruttoverdienste der Luxemburger Ärzte im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen können. Der „Rapport général sur la sécurité sociale“ für das Jahr 2008 nennt die nach Abzug sämtlicher Unkosten errechneten Bruttoeinkünfte der Ärzte - getrennt nach Spezialisierung. Nach dieser Aufstellung hatten die liberalen Allgemeinärzte 2007 ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 123.515 Euro, Ärzte mit einer Spezialisierung verdienten 251.741 Euro, und Zahnärzte lagen im Schnitt bei 164.579 Euro. Allerdings wurden auch sehr starke Unterschiede innerhalb der Spezialisierungen festgestellt: Einzelne Spitzenverdiener kamen auf Einkommen von 800.000 Euro und mehr.

Setzt man diese Zahlen in Bezug zu den in Luxemburg üblichen Einkünften, so verdienten 2007 Allgemeinärzte im Schnitt 2,8 Mal mehr als der Durchschnittsaktive. Für Spezialisten liegt dieser Wert beim 5,6fachen. Damit sind Luxemburgs Allgemeinärzte besser gestellt als ihre belgischen oder französischen Kollegen. Die am Luxemburger Finanzplatz gern gesehenen belgischen Spezialisten verdienen hingegen dreimal so viel wie ihre allgemein praktizierenden Pendanten. Nur in Großbritannien schätzt man allgemeine Ärzte mit dem 4,3fachen des mittleren Einkommens fast so hoch ein wie die Spezialisten, die mit dem 4,4fachen nur knapp mehr verdienen.

Ob trotz dieser Diskrepanzen genügend Gemeinsamkeiten bestehen, um die Streiksolidarität über längere Zeit aufrecht zu erhalten - diese Frage schlagen die AMMD-Verantwortlichen aus. Und sollte der Streik am Ende nicht zum gewünschten Ziel führen, dann will der Ärztesverband klagen und den Ausstieg aus der (Zwangs-)Konvention gerichtlich erwirken. Ob dabei tatsächlich höhere Honorare herauskommen werden? Derzeit liegen die offiziell ausgehandelten Luxemburger Tarife um ein Drittel oder gar um die Hälfte über denen der europäischen Konkurrenz.

## SHORT NEWS

## Tatütata - die Feuerwehr ist da

„Die Studie gibt Antworten auf die größten Schwachpunkte des Rettungsdienstes in puncto Kommunikation, Koordination und Kommando“, so die erste Reaktion diese Woche von Aktiven der Notdienste nach der Vorstellung der Expertenanalyse zur Reorganisation der Rettungsdienste. Sowohl die Organisation als auch die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Rettungsdiensten, die zweigleisige Ausbildung Feuerwehr-Zivilschutz als auch der Bereitschaftsdienst der aufgrund mangelnder Freiwilliger an seine Grenzen stößt, wurden unter die Lupe genommen. Vorgeschlagen wurde, eine gemeinsame Struktur für Feuerwehr und Zivilschutz zu schaffen unter der Form eines „Etablissement public“, um den Ablauf der Einsätze besser zu koordinieren. Grund hierfür sind die großen geografischen Unterschiede in puncto Erreichbarkeit: Während die Feuerwehr 98 Prozent der Landesfläche binnen 15 Minuten erreichen kann, trifft dies für den Zivilschutz und ihre 25 Einsatzzentren lediglich nur für 40 Prozent der Landesfläche zu. Deshalb sollen auch in Zukunft die Einsatzbereiche der Rettungskräfte nicht mehr an administrativen Grenzen - Gemeinden und Kantone - sondern an Einsatzzeiten orientiert werden. Um dagegen dem Freiwilligendienst im Rettungswesen eine neue Dynamik zu verpassen, wurde nicht nur über einen „congé sapeur“, sondern auch über eine Entschädigung nachgedacht, die sich auf ein Euro pro Stunde zuhause und vier Euro beim Bereitschaftsdienst im Einsatzzentrum belaufen soll. Kritische Reaktionen gab es vor allem zum Zeitplan: So sollen die Vorschläge der Studie erst mit den Akteuren diskutiert werden, Mitte 2011 soll das Gesetzesprojekt deponiert werden, um spätestens 2012 in der Chamber gestimmt zu werden. Aber auch die Rolle der Gemeinden in einem Etablissement public, wurde von Aktiven der Notdienste kritisch beurteilt.

## Ungleiche Lohnverteilung

Anlässlich des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung hat der Statec diese Woche eine umfangreiche Studie zum Thema vorgestellt. So soll der Risikofaktor in die Armut zu fallen von 13,4 Prozent im Jahre 2008 auf 14,9 Prozent 2009 gestiegen sein. Auffallend dabei ist, dass vor allem Frauen (16 Prozent gegenüber 13,8 Prozent bei den Männern) 2009 vom relativen Armutsrisiko betroffen waren. Dies habe - laut Statec-Chef Serge Allegrezza - vor allem mit der Tatsache zu tun, dass Frauen öfters Halbtags arbeiten und Alleinerziehende sind. Aber auch in puncto Altersgruppen ist das relative Armutsrisiko vor allem bei den jungen Menschen anzutreffen: So ist bei den Berufsanfängern (18-24 Jahre) das relative Armutsrisiko von 15,5 im Jahre 2008 auf 21,2 im Jahre 2009 gestiegen. Dies spiegelt auch die persönliche Einschätzung mancher Haushalte wieder, die angaben Schwierigkeiten zu haben, finanziell über die Runden zu kommen: Gerade bei den unter 30 Jährigen wurden diese 2008 mit 27 Prozent beziffert und 2009 mit 38,5 Prozent. Die 50 bis 64-Jährigen haben weniger Probleme sich finanziell über Wasser zu halten (21 Prozent im Jahre 2009). Insgesamt kommt die Statec-Studie zu - recht allgemeinen - Ergebnissen: Sie stellt fest, dass die Wirtschaftskrise Auswirkungen auf den Luxemburger Markt hatte - vor allem die Industrie wurde stark getroffen. Jedoch waren die Auswirkungen in Luxemburg weniger stark zu spüren als in andern Ländern. Dies ist sicher auch dem Umstand geschuldet, dass die Statec-Studie nicht näher die Konsequenzen der Krise auf die Grenzgänger evaluiert. Ein letztes Fazit der Studie besagt, dass die Arbeitnehmer je nach Berufssparte nicht in gleichem Maße von der Krise getroffen waren. Hier spielt sicher auch die ungleiche Lohnverteilung je nach Berufssparte eine Rolle. Während die Landwirtschaft (rund 52 Prozent) 2008 ganz unten in der relativen Durchschnittslohnskala stand gefolgt von des Gaststätten- und Hotelgewerbes (rund 55 Prozent) - situieren sich die Administration publique (rund 135 Prozent), das Schulwesen (145 Prozent) und das Finanzwesen (rund 175 Prozent) an der Spitze der relativen Durchschnittslohnskala. Während sich bei ersteren eher ein Rückgang des relativen Durchschnittslohnes von 1995 bis 2008 feststellen lässt, ist der Bereich der Administration publique sowie jener des Schulwesens weiter kontinuierlich gestiegen.